

Die Wirtschaft wird digital

Internet. Das World Wide Web gehört längst zum Alltag und prägt auch zunehmend die Geschäftstätigkeit der Unternehmen. Wie groß die Bedeutung des Internets für die Wirtschaft hierzulande inzwischen ist, hat die Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) Consult in einer Studie ermittelt. 

Wenn die Internetverbindung im Betrieb einmal ausfällt, ist schnelle Abhilfe gefragt – denn ohne den Zugang zum Netz bleiben E-Mails ungesendet, Waren können nicht be-

stellt und Marktdaten nicht recherchiert werden.

Schon wenige Kennzahlen lassen die Bedeutung erahnen, die das World Wide Web inzwischen für die

Wirtschaft hat: So nutzen 63 Prozent der Beschäftigten in Deutschland an ihrem Arbeitsplatz regelmäßig einen Computer – und die meisten sind auch im Internet unterwegs. Zudem haben 62 Prozent der deutschen Unternehmen mittlerweile eine eigene Homepage – von den Unternehmen ab 250 Mitarbeitern sind es sogar schon 96 Prozent.

Doch um vollständig zu erfassen, welche Relevanz das Internet als Querschnittstechnologie für die deutsche Wirtschaft erlangt hat, ist eine breitere Perspektive erforderlich. Für eine neue Studie hat die IW Consult daher Daten des IW-Zukunftspanels ausgewertet. In dessen Rahmen wurden mehr als 2.500 Unternehmen befragt, inwieweit sie das Internet in verschiedenen Bereichen einsetzen – etwa bei der Kundenansprache oder in den Produktionsprozessen. Den Ergebnissen zufolge wurden die Unternehmen in vier Klassen eingeteilt (Grafik).

In der Hälfte aller Unternehmen spielt das Internet demnach eine zentrale oder eine wichtige Rolle. →

Deutsche Wirtschaft auf dem Weg ins Web

Um die Internetaffinität der deutschen Wirtschaft zu ermitteln, wurden im Rahmen des IW-Zukunftspanels mehr als 2.500 Unternehmen befragt. Diese gaben auf einer Skala von 0 bis 4 Punkten in neun Kategorien (z. B. Art der Kundenansprache, Gestaltung des Produktionsprozesses, Umsatzerzielung) an, welche Rolle das Internet für ihr Geschäft spielt. Aus der Summe der von den einzelnen Unternehmen vergebenen Punkte ergab sich folgende Klassifikation:

Mindestens 18 Punkte: Internet spielt eine zentrale Rolle; 9 bis 17 Punkte: Internet spielt eine wichtige Rolle; weniger als 9 Punkte: Internet spielt eine untergeordnete Rolle.

Die vierte Kategorie bilden jene Unternehmen ohne Internetanschluss, also Unternehmen, in denen das Internet keine Rolle spielt.

So viel Prozent ... entfallen auf Unternehmen dieser Kategorie

Das Internet spielt im Unternehmen eine



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 48

Inhalt

Arbeitsunfälle. Eis und Schnee, aber auch die gute Konjunktur haben im Jahr 2010 für mehr Arbeitsunfälle gesorgt.
Seite 3

Finanzwirtschaft. Banken müssen künftig mehr Eigenkapital vorhalten. Doch der Plan birgt einige Risiken.
Seite 4-5

PISA. Die internationale Schulleistungsvergleichsstudie PISA wird am 4. Dezember 2011 zehn Jahre alt.
Seite 6-7

Glücksspiele. Der Markt für private Anbieter soll stärker reguliert werden.
Seite 8

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland



→ In den Betrieben der dritten Gruppe hat das Internet dagegen bislang keinen großen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit. Und 18 Prozent der Firmen haben gar keinen Internetanschluss. Besonders häufig arbeiten Betriebe des Bau- sowie des Gastgewerbes ohne Webzugang.

Die Zugpferde der deutschen Wirtschaft sind aber längst auf der Datenautobahn unterwegs. In den Firmen, für die das Internet eine zentrale oder wichtige Rolle spielt, arbeitet fast jeder zweite sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Deutschland – fast 12 Millionen Menschen. Ebenso entfällt inzwischen nahezu jeder zweite umgesetzte Euro auf Firmen, die stark auf das Internet angewiesen sind – insgesamt haben diese 2010 einen Umsatz von 2,4 Billionen Euro erzielt.

Wie stark das Web die Wirtschaft gewandelt hat, lässt sich gut an einem Alltagsprodukt illustrieren – dem Auto. Einst ein reines Fortbewegungsmittel, besteht ein Pkw inzwischen zu 40 Prozent aus Informations- und Kommunikationstechnologie und nutzt zunehmend auch das Internet – etwa um technische Daten an die Werkstatt zu übermitteln oder Stauinformationen zu empfangen.

Unternehmen, die solche komplexen Produkte fertigen, benötigen denn auch besonders gut ausgebildetes Personal. Die Folge (Grafik):

Von den Beschäftigten derjenigen Firmen, die stark auf das Web setzen, sind 39 Prozent Akademiker. In den Betrieben mit weniger internetabhängigen Geschäftsmodellen liegt der Anteil der Hochschulabsolventen dagegen nur bei 24 Prozent.

Dazu passt auch, dass 36 Prozent der Unternehmen, bei denen das Internet die Geschäfte stark prägt, mindestens 5 Prozent des Umsatzes für Forschungs- und Entwicklungszwecke ausgeben. Denn wer High-techgüter fertigt, muss diese in der Regel immer weiter verbessern, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Der Einsatz lohnt sich: Der Umsatzanteil, den die internetaffinen Unternehmen mit neuen oder speziell von ihnen angebotenen Produkten erzielen, ist mit 32 und 26 Prozent deutlich höher als bei den weniger weborientierten Firmen.

Unabhängig von den hergestellten Gütern nutzen die deutschen Unternehmen das Internet vor allem, um einen Großteil der Kunden anzusprechen – dazu setzen 37 Prozent auf das Web – oder den Kundenbestand zu pflegen (44 Prozent). Ebenfalls 44 Prozent aller Firmen kooperieren per Internet mit Partnerunternehmen. Von den Unternehmen, die das Netz stark nutzen, unterhalten sogar 93 Prozent im Web Geschäftsbeziehungen mit Lieferanten oder Firmenkunden. Selbst bei den Unternehmen, in denen das Internet keine Rolle spielt, beträgt dieser Anteil immerhin ein Sechstel.

Im Übrigen ist eine erfolgreiche, intensive Nutzung des digitalen Netzes keine Frage des Firmenalters. Denn der Anteil der Betriebe, die maximal fünf Jahre auf dem Markt sind, ist unter den internetaffinen Unternehmen kaum höher als in der übrigen Wirtschaft.

Internetaffine Unternehmen: Jünger, schlauer, innovativer

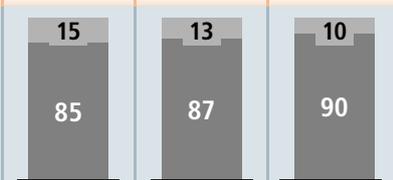
Das Internet spielt im Unternehmen eine

zentrale Rolle wichtige Rolle untergeordnete Rolle



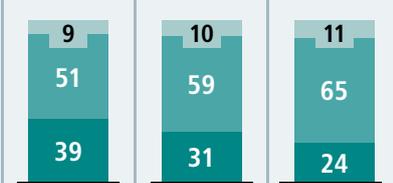
So viel Prozent der Unternehmen bestehen seit ...

- ... maximal fünf Jahren
- ... sechs Jahren oder mehr



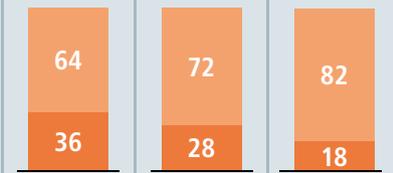
So viel Prozent der Mitarbeiter ...

- ... haben keinen Berufsabschluss
- ... haben einen Berufsabschluss
- ... sind Akademiker



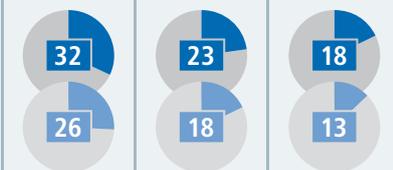
So viel Prozent der Unternehmen geben ... des Umsatzes für Forschung und Entwicklung aus

- ... weniger als 5 Prozent
- ... mindestens 5 Prozent



So viel Prozent ihres Umsatzes erzielen die Unternehmen mit ...

- ... neuen Produkten
- ... Produkten, die nur sie in dieser Form anbieten



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult



Studie

René Arnold, Marleen Schiffer:
Wirtschaft digitalisiert –

Wie viel Internet steckt in den Geschäftsmodellen der deutschen Unternehmen?

Download unter: www.iwconsult.de

Mehr Ausrutscher

Arbeitsunfälle. Eis und Schnee, aber auch die gute Konjunktur haben in Deutschland im vergangenen Jahr für mehr Arbeitsunfälle gesorgt. Nichtsdestotrotz lag die Quote damit aber immer noch auf dem zweitniedrigsten Niveau seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen.

Das deutsche Jobwunder führt nicht nur zu mehr Beschäftigung. Mit den Arbeitnehmerzahlen steigt auch die Zahl derer, die bei einer Berufsgenossenschaft der gewerblichen Wirtschaft (BG) gegen die Folgen eines Arbeitsunfalls versichert sind – zuletzt um 700.000 auf 34,7 Millionen. Auf Vollzeitstellen umgerechnet hat die gewerbliche Wirtschaft damit ein Plus von 1,6 Prozent gegenüber 2009 verzeichnet.

Parallel zur Beschäftigtenzahl ist allerdings auch die Zahl der Unfälle gestiegen (Grafik):

Mit 26,4 Arbeitsunfällen je 1.000 Vollzeitstellen ist die Unfallquote in der gewerblichen Wirtschaft 2010 um fast 6 Prozent gestiegen.

Für diese unerfreuliche Entwicklung gibt es vor allem zwei Gründe:

1. Der schnee- und eisreiche Winter hat offensichtlich für so manchen Ausrutscher gesorgt. Zwischen Wohnort und Arbeitsstätte ereigneten sich 2010 mit rund 189.400 Unfällen 39.150 Unglücke mehr als noch ein Jahr zuvor. Und auch im Branchenvergleich verzeichnete der Bereich Verkehr den höchsten Zuwachs mit einem Plus von 16 Prozent gegenüber 2009.

2. Neue Mitarbeiter müssen den oftmals gefahrenträchtigen Umgang mit Technik und Materialien erst

lernen. Somit beeinflusst möglicherweise auch das Beschäftigungswachstum die Unfallquote – denn durchweg alle Berufsgenossenschaften haben höhere Unfallquoten verzeichnet.

So leidvoll die Unfälle auch sein mögen – die Betroffenen sind zumindest gut abgesichert:

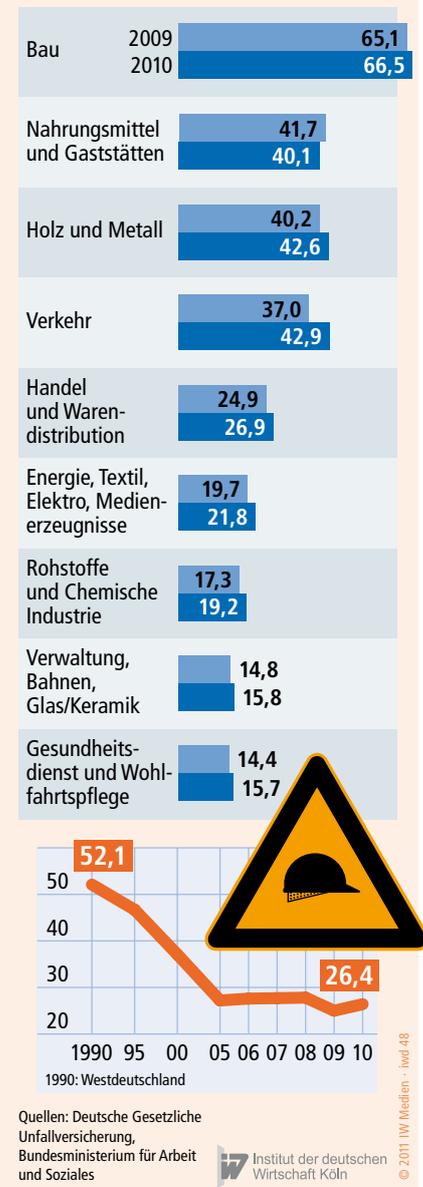
- Bei Arbeits- und Wegeunfällen übernehmen die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung die Kosten der medizinischen Behandlung.
- Ob Allergie oder chronisches Leiden – können die Beschäftigten aufgrund einer arbeitsbedingten Erkrankung nicht mehr ihrem Job nachgehen, kümmert sich die zuständige BG auch um die berufliche Wiedereingliederung. Im Jahr 2010 wurden von 70.300 Verdachtsfällen knapp 15.500 als Berufskrankheit anerkannt.
- Sollte gar nichts mehr gehen, zahlen die Berufsgenossenschaften eine Rente – schlimmstenfalls auch an Hinterbliebene. Zuletzt kamen 6.123 Erwerbsminderungsrenten hinzu; insgesamt waren es 2010 fast 882.000 Renten.

Daneben kümmern sich die Sicherheitsexperten der Berufsgenossenschaften um den Arbeitsschutz, um die Einhaltung einschlägiger Vorschriften, und sie schulen die Sicherheitsbeauftragten in den Betrieben im Umgang mit Gefahrstoffen und Maschinen.

Das alles kostet: Im Jahr 2010 mussten die BG der gewerblichen Wirtschaft knapp 13,2 Milliarden Euro aufwenden. Rund 43 Prozent davon gingen auf das Konto von Renten und Abfindungen, etwa 28

Arbeitsunfälle: Eine Frage der Branche

Gemeldete Arbeitsunfälle je 1.000 Vollzeit-
arbeiter in der gewerblichen Wirtschaft



Prozent beanspruchten Heilbehandlungen und Rehabilitation. Für die Prävention wurden 7 Prozent des Budgets aufgewendet – die Investitionen der Unternehmen in sichere Technik, gesunde Materialien oder ergonomische Ausstattung sind darin allerdings nicht enthalten.

Finanziert wird alles aus Beiträgen der Arbeitgeber. Immerhin werden aber auch die Unternehmen geschützt – vor möglichen Haftpflichtansprüchen ihrer Mitarbeiter.

Das Eigenkapital-Dilemma

Finanzwirtschaft. Banken müssen in Zukunft mehr Eigenkapital vorhalten, weil die Staaten weder in der Lage noch willens sind, die Kreditinstitute erneut im großen Stil zu retten. Doch der Plan birgt einige Risiken.

Haarschnitt mal anders: Die Europäische Union will private Gläubiger mit einem Schuldenschnitt – die Experten sprechen vom Haircut – an der Rettung Griechenlands beteiligen. Ihr Ansinnen koppelten die EU-Regierungschefs allerdings an die Forderung, dass die europäischen Banken ihr sogenanntes hartes Eigenkapital auf 9 Prozent ihrer risikogewichteten Vermögenswerte erhöhen (Kasten).

Ohne diese Aufstockung könnten viele Banken die Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen nicht verkraften – das hat auch der Blitz-Stresstest der European Banking Authority im Oktober gezeigt.

Die Institute haben nun bis Mitte 2012 die Chance, das nötige Kapital selbst zu beschaffen. Danach droht ihnen die Zwangskapitalisierung durch den jeweiligen Staat, der dafür im Gegenzug Stimmrechte erhält. Hat ein Staat dafür kein Geld, übernimmt die European Financial Stability Facility (EFSF) die Regie.

Auf diese Weise will die Staatengemeinschaft die Banken zum Handeln zwingen. Denn die Politik steckt in der Zwickmühle: Auf der einen Seite ist sie daran interessiert, die Einlagen von Steuerzahlern bei den Banken besser zu schützen. Auf der anderen Seite will sie aber kein Institut mehr retten müssen.

Aus Sicht der europäischen Banken ist es verständlich, dass sie mit aller Kraft verhindern wollen, generell unter staatlicher Kontrolle zu stehen. Entsprechend hart haben sie dafür gekämpft, dass sie erst einmal selbst versuchen dürfen, das Eigenkapital aufzubringen.

Um die Eigenkapitalquote zu erhöhen, haben einige Kreditinstitute angekündigt, Geschäftsbereiche aufzugeben und Personal abzubauen (Grafik). Doch indem die Banken Geschäftsfelder abwickeln, könnte es zu Turbulenzen auf den Finanzmärkten und in der Realwirtschaft kommen.

Gerade dem Investmentbanking rücken die Institute mit dem Rotstift zu Leibe – denn die Einnahmen in diesem Sektor brachen zuletzt deutlich ein, während die Personalausgaben weiter stiegen. Dass das Investmentbanking von den Kreditgebern auf den Prüfstand gestellt wird, hat aber noch einen weiteren Grund: Es ist der Geschäftsbereich mit dem höchsten Risiko, hier schlägt die Risikogewichtung der Eigenkapitalvorschriften also besonders stark zu Buche.

Dieser Prozess ist höchst problematisch, auch wenn man darin die Einsicht erkennen kann, dass sich die Bilanzen der Kreditinstitute in den vergangenen Jahren zu sehr aufgebläht haben:

Zum einen finanzierten sich die Banken verstärkt kurzfristig über die Geld- und Kapitalmärkte. Allerdings ohne dass es ein Bewusstsein für die Risiken gab. So tauchen beispielsweise die Summen, die im Derivatehandel fließen, erst seit Dezem-

Banken: Schrumpfkur beim Personal

	Mitarbeiter insgesamt Stand November 2011	Geplanter Stellenabbau
HSBC (UK)	300.000	bis zu 30.000
Bank of America (USA)	288.000	bis zu 30.000
JP Morgan (USA)	250.000	1.000
BNP Paribas (F)	205.000	bis zu 1.000
Crédit Agricole (F)	164.000	1.000
Société Générale (F)	160.700	über 2.000
Royal Bank of Scotland (UK)	148.500	2.000
Barclays Capital (UK)	147.500	bis zu 3.500
ING (NL)	107.100	2.700
Lloyds Banking (UK)	104.000	bis zu 15.000
Deutsche Bank (D)	101.000	bis zu 1.800
UBS (CH)	65.000	3.500
Morgan Stanley (USA)	62.500	über 1.000
Rabobank (NL)	58.000	1.200
Credit Suisse (CH)	50.000	bis zu 3.500
Goldman Sachs (USA)	35.700	1.400
ABN Amro (NL)	31.000	2.350
Danske Bank (DN)	21.500	2.000

Quellen: Financial Times Deutschland, Handelsblatt, Jahresberichte der Institute für 2010

Der Derivatehandel wird erst seit Dezember 2010 in den Bankbilanzen unter der Rubrik „Sonstige Aktiva/Passiva“ ausgewiesen, entsprechend stark erhöhte sich die Bilanzsumme.

Eigenkapital von Banken: Kaum der Rede wert



Jeweils Jahresendwerte, 2011: August; Kreditbanken: als Universalbanken tätige private Banken, die vornehmlich im kurzfristigen Kreditgeschäft, aber auch im Emissionsgeschäft tätig sind. Im Einzelnen handelt es sich um Großbanken, Regionalbanken und sonstige Kreditbanken sowie die Zweigstellen ausländischer Banken. Quelle: Deutsche Bundesbank

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw-d 48

ber 2010 in den Bilanzen europäischer Banken auf (Grafik).

Zum anderen kam es zu einer Rallye auf Staatsanleihen und zu einer relativen Verringerung von Unternehmenskrediten an die Realwirtschaft. Banken mussten laut geltender Regelungen für europäische Staatsanleihen mit einem Rating von AAA bis AA- kein Eigenkapital als Risikoschutz vorhalten. Und selbst die Anleihen des heute so hoch verschuldeten Griechenland mussten seit Einführung des Euro bis Anfang 2010 nur mit rund 1,6 Prozent Eigenkapital gedeckt werden. So konnten die Banken durch die scheinbar risikolosen Anleihen die Hebelwirkung des Eigenkapitals vergrößern – mit den bekannten Folgen.

Im Rückblick war also die Risikogewichtung das maßgebliche Defizit der Basel-II-Regulierung: Kreditausfallversicherungen, Derivate und schließlich auch Staatsanleihen waren weniger stark reguliert als das traditionelle Firmenkundengeschäft. Letzteres wurde deshalb unattraktiver, da für Unternehmenskredite deutlich mehr Eigenkapital erforderlich war.

Die höhere Eigenkapitaldecke ist für Kreditinstitute in Zukunft jedenfalls lebensnotwendig – denn aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstums, schwankender Märkte und größerer Marktungleichgewichte werden externe Schocks

wahrscheinlicher. Allerdings haben die Eigenkapitalpläne ein Manko:

Die geplante Erhöhung auf 9 Prozent könnte zu niedrig sein.

Schweizer Banken peilen bereits eine höhere Eigenkapitaldecke an, und eine unabhängige britische Kommission fordert bis zu 20 Prozent Eigenkapital.

Schon mit dem 9-Prozent-Ziel wird die Kapitalerhöhung der Finanzinstitute die Realwirtschaft treffen. Denn es kann schnell zu Engpässen bei der Kreditversorgung kommen, wenn die Banken ihr Risiko reduzieren müssen. Vor allem

kleine und mittelgroße Unternehmen könnten dann Schwierigkeiten haben, das benötigte Geld zu leihen.

Somit sollte es im Interesse der Wirtschaftspolitik liegen, das traditionelle Geschäftsmodell der Banken wiederzubeleben, um die Realwirtschaft mit Liquidität zu versorgen. Daher sollte in Zukunft die Risikogewichtung für alle Anlageklassen bei gleichem Rating identisch sein. Dieser Schritt wäre sinnvoll, um zukünftig die angesprochenen Marktverzerrungen zu beseitigen und für Banken Kredite an die Realwirtschaft wieder attraktiver zu machen.

Fachbegriffe kurz erklärt

Basel II ist der Oberbegriff für die Eigenkapitalvorschriften, die der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht entwickelt hat. Schwerpunkt bei dem Update des Basel-I-Abkommens war die Überlegung, dass höhere Risiken – beispielsweise bei einem schlechten Rating des Kreditnehmers – mit mehr Eigenkapital unterlegt werden sollen als bei einem guten Kreditnehmer.

Infolge der Finanz- bzw. Weltwirtschaftskrise wurde die für unzureichend befundene Basel-II-Regelung zu Basel III weiterentwickelt. Das Regelwerk soll ab 2013 schrittweise in Kraft treten. Neben der Risikogewichtung soll nun auch eine risikounabhängige Eigenkapitalquote für mehr Krisenresistenz sorgen. Die Quote soll zunächst parallel überwacht werden, bevor ab 2013 eine Mindestquote verlangt wird.

Derivate sind Verträge, in denen die Vertragsparteien vereinbaren, einen oder mehrere Vertragsgegenstände in der Zukunft zu kaufen, zu verkaufen oder zu tauschen – zu schon heute festgelegten Bedingungen.

Eigenkapital sind die finanziellen Mittel, die einem Unternehmen von seinen Anteilseignern zur Verfügung gestellt werden. Bei Verlusten bzw. Abschreibungen der Firma wird das Eigenkapital aufgezehrt. Sogenanntes hartes Eigenkapital beschreibt die Finanzmittel eines Unternehmens, die dessen Eigentümer ohne zeitliche Begrenzung bereitstellen.

Zwangskapitalisierung findet dann statt, wenn Staaten Anteile eines Unternehmens erwerben und so Teilhaber werden, um beispielsweise Eigenkapitalanforderungen durchzusetzen.

Mehr Klasse in den Klassen

PISA. Die internationale Schulleistungsvergleichsstudie PISA wird am 4. Dezember 2011 zehn Jahre alt. Seit der ersten Veröffentlichung, die für Deutschland eher mittelmäßige Resultate brachte, befindet sich die Bildungslandschaft im Umbruch. Doch trotz des Reformeifers gibt es an den Schulen nach wie vor Tabubereiche, um die die Politik einen großen Bogen macht.

Die Liste der Dinge, die im deutschen Bildungssystem seit der ersten PISA-Veröffentlichung vor zehn Jahren besser laufen als zuvor, ist ziemlich stattlich: Es gibt mittlerweile Deutschkurse für Kindergartenkinder, der Kita-Ausbau schreitet ebenso voran wie der der Ganztagschulen, bedürftige Kinder und Jugendliche erhalten ein Bildungspaket, die Sitzenbleiberquote ist gesunken und der Schulunterricht wird systematisch evaluiert.

Zu all den frohen Botschaften gesellt sich eine weitere, besonders erfreuliche: Die Lernmotivation der Schülerinnen und Schüler in Deutschland ist besser geworden – und sie schneiden mittlerweile in

allen PISA-Disziplinen besser ab als im Jahr 2001.

Zur Erinnerung: Als am 4. Dezember 2001 die Ergebnisse des im Jahr zuvor erstmals durchgeführten „Programms zur internationalen Schülerbewertung“, wie PISA in der offiziellen Übersetzung heißt, präsentiert wurden, fiel Deutschland ziemlich unverhofft vom bis dato gehegten Bildungsthron. Denn deutsche Teenager schnitten viel schlechter ab als erwartet: Sie errangen lediglich Punktzahlen, die im unteren Drittel der OECD-Durchschnittswerte angesiedelt waren (Grafik). Der „PISA-Schock“ war geboren – und fand als Vokabel für das Entsetzen über das schlechte Abschneiden

der deutschen Schüler sogar Eingang in den Duden.

Ein Jahrzehnt, drei Studien und unzählige Reformen später präsentiert sich Deutschland in puncto PISA vor allem gelassener. Das hat damit zu tun, dass die deutschen Schüler bei der letzten PISA-Erhebung im Jahr 2009 auf wesentlich bessere Ergebnisse kamen als bei der ersten Untersuchung neun Jahre zuvor. Die drei geprüften Disziplinen im Detail:

- **Die Lesekompetenz** deutscher Schüler hat sich kontinuierlich verbessert. Bei der ersten Erhebung im Jahr 2000 erreichten die 15-Jährigen einen Wert von 484 Punkten, zuletzt schnitten sie mit 497 Punkten sogar ein wenig besser ab als der OECD-Durchschnitt. Während sich an der gymnasialen Leistungsspitze kaum etwas verändert hat, gibt die Entwicklung bei den leseschwachen Jugendlichen hingegen Anlass zur Freude (Grafik Seite 7):

Die Zahl der sogenannten Risikoschüler, die mit 15 Jahren maximal auf Grundschulniveau lesen und schreiben können, ist zwischen der ersten und vierten PISA-Studie von 23 auf 19 Prozent gesunken.

Obwohl die Schüler beim Lesen höhere Kompetenzstufen erreichen, weisen viele allerdings nach wie vor eine relative Schwäche beim Reflektieren und Bewerten auf. Auch wird die Arbeit mit Texten von einer Reihe von Jugendlichen als wenig aktivierend erlebt. Ein weiterer Mangel des deutschen Bildungssystems ist, dass die Leseförderung noch immer nicht als Querschnittsaufgabe aller Lehrkräfte und Fächer verstanden



wird. Auch sollte die gezielte Sprachförderung an weiterführenden Schulen etabliert und ausgebaut werden. So liegen beispielsweise Jugendliche mit Migrationshintergrund noch immer ein Schuljahr zurück – ein Indiz dafür, dass es an erprobten Förderkonzepten mangelt.

- **Beim mathematischen Wissen** haben die Schüler in Deutschland ebenfalls Fortschritte gemacht:

In der ersten PISA-Untersuchung kamen die 15-Jährigen in dieser Disziplin auf eine Punktzahl von 490, im Jahr 2009 erreichten sie 513 Punkte und lagen damit 17 Zähler über dem OECD-Durchschnitt.

Ähnlich wie beim Lesen ist es mittlerweile auch in der Mathematik gelungen, den Anteil der Jugendlichen mit sehr geringer mathematischer Kompetenz über die Jahre hinweg zu verringern.

- **In den Naturwissenschaften** haben die Jugendlichen in Deutschland die größten Sprünge gemacht:

Während sie bei der PISA-Erhebung 2000 nur auf eine Punktzahl von 487 kamen, kletterte der Wert für die naturwissenschaftliche Kompetenz bei der jüngsten Studie auf 520.

Damit liegt Deutschland signifikant über dem OECD-Durchschnitt von 501 Punkten.

Doch was hat diesen Bildungsschub eigentlich bewirkt? Zum einen hat es in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Reformen in der deutschen Bildungslandschaft gegeben. Beigetragen haben dürfte aber auch, dass heutzutage der Anteil der Schüler aus der Sekundarstufe I, die ein Gymnasium besuchen, höher ist als vor zehn Jahren; im Jahr 2000

PISA-Bilanz: Leselust in Deutschland steigt

So viel Prozent der 15-jährigen Schüler erreichten in der Kategorie Lesekompetenz die ...

	Kompetenzstufe				
	I und darunter	II	III	IV	V und VI
Deutschland					
PISA 2000	22,6	22,3	26,8	19,4	8,8
PISA 2009	18,5	22,2	28,8	22,8	7,6
OECD					
PISA 2000	17,9	21,7	28,7	22,3	9,5
PISA 2009	18,8	24,0	28,9	20,7	7,6

Kompetenzstufe

I und darunter: sogenannte Risikoschüler bzw. Schüler mit großen Leseschwächen

II: Schüler, die den Mindeststandard beim Sprechen, Schreiben sowie im Umgang mit Texten und Medien erreichen

III: Schüler, die Texten Informationen entnehmen und diese bewerten können

IV: Schüler, die Verknüpfungen innerhalb eines Textes folgen können, auch wenn diese nicht eindeutig gekennzeichnet sind

V und VI: Schüler, die auch bei unvertrauten Texten tief eingebettete Informationen lokalisieren und erschließen können

Quelle: OECD

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - Iwd 48

waren es 30 Prozent, 2009 waren es bereits 36 Prozent. Allerdings sind in der Leistungsspitze keine Verbesserungen zu erkennen, was auf ein geringeres Maß an individueller Unterstützung und Differenzierung hinweist als an anderen Schulformen.

Dreh- und Angelpunkt für mehr Qualität im Schulsystem ist professionelles Lehrpersonal, das fachlich und didaktisch profund ausgebildet ist. Die Kompetenzorientierung ist zwar mittlerweile in den Lehrerseminaren angekommen, doch es gibt bislang keine systematischen Befunde, wie sich die Anwendung solcher Methoden auf den Lernerfolg der Schüler auswirkt. Auch von einer systematischen Personalentwicklung kann an deutschen Schulen noch keine Rede sein. Vielmehr zeichnen sich Probleme beim Lehrernachwuchs ab – und zwar von der Vorschule bis zu den Berufsschulen.

Eine weitere Tabuzone ist die „Selbstständige Schule“. Zwar gibt es Schulleiter, die die eine oder andere Entscheidungskompetenz haben – etwa bei der Personalrekrutierung

oder im Disziplinarrecht. Doch nach wie vor nahezu unangetastet ist der Bereich der Personalökonomie, der von zu starren und nicht leistungsorientierten Laufbahn- und Besoldungsstrukturen im Lehrerberuf gekennzeichnet ist.

Mutiger waren die Bildungspolitiker in den zurückliegenden Jahren dagegen beim Aufbau von Schulinспекtionen und der Einführung von Bildungsstandards, Lernstandserhebungen und zentralen Abschlussprüfungen. All diese Instrumente sollen die Unterrichtsqualität und die Lernergebnisse verbessern. Noch ist dies aber nur in Ansätzen der Fall, denn das Feedbacksystem wird noch zu wenig und zudem nur unsystematisch genutzt.

Auch die Lehrerfortbildung ist zehn Jahre nach der ersten PISA-Veröffentlichung noch immer eine unbekannte Qualitätsvariable. Bis heute veröffentlichen die Bundesländer keine Berichte darüber, wie oft, in welchem Umfang und ob Lehrer sich überhaupt fortgebildet haben und was dies gebracht hat.

Der Staat verschafft sich Vorteile

Glücksspiele. Die Bundesbürger versuchen neuerdings lieber an Automaten ihr Glück und kehren den staatlichen Anbietern von Lotterien den Rücken. Deshalb wollen die Ministerpräsidenten den Markt für private Anbieter stärker reglementieren.

Private Anbieter von Glücksspielen haben offenbar gerade eine Glückssträhne:

Automatenaufsteller kassierten 2010 nach Abzug der Gewinnausschüttungen 570 Millionen Euro mehr als noch zwei Jahre zuvor.

Der Deutsche Lotto- und Totoblock hat dagegen im gleichen Zeitraum Spieleinsätze in Höhe von etwa 150 Millionen Euro verloren.

Spielbanken und Klassenlotterien büßten sogar bis zu 40 Prozent ihrer Einnahmen ein (Grafik).

Die Verschiebung der Marktanteile hat eine Reihe von Ursachen:

1. Der nicht regulierte Online-markt hat sich sehr dynamisch ent-

Glücksspiele: Gewinner und Verlierer

Bruttospielerträge in Milliarden Euro



	2008	2010	Veränderung 2010 gegenüber 2008 in Prozent
Gewerbliche Geldgewinnspielgeräte	3,37	3,94	17
Lotto- und Totoblock	3,40	3,25	-4
Spielbanken	0,72	0,56	-23
Fernsehlottorien	0,47	0,45	-5
Klassenlotterien	0,37	0,23	-39

Bruttospielerträge: Spieleinsätze abzüglich Gewinnausschüttungen; Ursprungsdaten: Verband der Deutschen Automatenindustrie, Archiv- und Informationsstelle der deutschen Lotto- und Totounternehmen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 48

wickelt. Den öffentlichen Glücksspielanbietern in Deutschland ist der Zugang zu diesem Marktsegment aber seit einigen Jahren gesetzlich verwehrt.

2. Die staatliche Sportwette Oddset schüttet nur 58 Prozent der Einnahmen als Gewinn aus – private Wettanbieter haben Quoten von mehr als 80 Prozent.

3. Den Spielbanken wurde u. a. das Rauchverbot zum Verhängnis.

Mit ihrem Entwurf für ein neues Glücksspielrecht wollen die Bundesländer den Trend drehen. Für die staatlich organisierten Anbieter würden Beschränkungen aufgehoben:

Werbung im Fernsehen und im Internet kann für Lotterien sowie Sport- und Pferdewetten wieder zugelassen werden, und Lotterien und Sportwetten soll es laut Entwurf auch wieder im Internet geben.

Private Anbieter dagegen müssten mit Einschränkungen rechnen. Sie dürften zwar im Rahmen einer Experimentierklausel Sportwetten anbieten, allerdings gibt es nur 20 zeitlich befristete Lizenzen.

Auch die Betreiber von Geldgewinnspielgeräten bekommen Extraauflagen. Zusammenschlüsse von Spielhallen mit einer zentralen Infrastruktur (Mehrfachkonzessionen) sollen verboten werden. Zudem dürfen nicht mehrere Spielhallen in unmittelbarer Nachbarschaft öffnen sowie durch ihre Aufmachung für sich und die von ihnen angebotenen Spiele werben.

Angeblich soll so die Spielsucht bekämpft werden. Wie dieser Anspruch mit den Erleichterungen für das staatliche Glücksspiel zusammenpasst, erschließt sich allerdings nicht so recht.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich),
Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann,
Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,30/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Fotos: Fotolia, MEV
Druck: Bercker Graphischer Betrieb
GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwd wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

IW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.